

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Begründet 1826

Verleger: 29

Bestellerteilung im
Oberamtsbezirk. — An-
zeigen sind dabei von
bestem Erfolg.

Es wird keine Gewähr
übernommen, daß Anzeigen
oder Briefe in bestimmten
Ausgaben aber an der ge-
wöhnlichen Stelle erscheinen.
In Fällen von doppelter Be-
zahlung ist der Empfänger zur
Übertragung der Zeitung abzu-
melden. Bei Abwesenheit
für zwei, Austrage wird be-
sondere Gewähr übernommen.

Telegraphen-Adresse:
Gefellschaffer Nagold.
Postfachkonto:
Stuttgart 5115.

Nr. 97

Dienstag den 27. April 1920

94. Jahrgang

Die Konferenz von San Remo.

Die Verhinderung der Türkei.

Paris, 26. April. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Konstantinopel wird die türkische Friedensdelegation nächste Woche unter Führung des ehemaligen Vorkriegs- und Londoner Deputierten Mustafa Kemal nach Paris abreisen. Ihr gehören an: der Minister des Innern, Kemal, der ehemalige Geschäftsträger in Petersburg und jetzige Unterrichtsminister Fehmeddin, der Minister für öffentliche Arbeiten, Djemal, und General Mustafa Eschad. Die Delegation wird nur den Text des Friedensvertrages entgegennehmen, der in Konstantinopel vom Reichsrat besprochen werden soll.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus San Remo soll der Vertreter der Türkei, Chalib Kemal Bei, erklärt haben, die Türkei werde diesen Vertrag niemals unterzeichnen. Laut „Chicago Tribune“ soll der Türkei ein Heer von 25 000 Mann belassen werden. In Konstantinopel dürfe sie nur eine Kompanie als Ehrenwache des Sultans unterhalten. Konstantinopel solle eine Polizeitruppe unterhalten, die einer internationalen Kommission unterstehe, deren Vorsitzenden, abwechselnd Frankreich, England u. Italien stellen sollen.

Siragospinne.

Amsterdam, 26. April. Churchill erklärte im Unterhaus, daß sich noch 12 000 (V) Kriegerbrauchbare Flugzeuge in Deutschland befänden, deren Auslieferung gegenwärtig im Gange sei. Die Alliierten verständigen sich über die Frage ihrer Vernichtung.

Die Verständigung.

Dem Stuttg. Neuen Tagbl. entnehmen wir:

Die Ergebnisse der Konferenz von San Remo, die heute mit einer letzten Sitzung zu Ende gehen soll, lassen sich nunmehr erkennen. Man kann sie als ein Kompromiß zwischen Lloyd George—Kitt und Millerand auffassen, das aber fastlich der gemäßigteren Politik der beiden ersten genannt den Vorrang läßt. Eine Revision des Versailler Vertrags, wenn anders sie in diesem Zeitpunkt eine solche überhaupt beabsichtigt hatten, haben sie allerdings nicht durchgehen können, aber eine sehr wichtige Konzession hat Millerand doch gemacht: die Gesamtsumme der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung soll nun festgestellt werden. Der Friedensvertrag ließ diese Feststellung zwar zu, doch war es mehr als fraglich, ob Frankreich sich auf eine Festlegung einlassen werde, da der derzeitige wirtschaftliche Zustand Deutschlands einer ungeheuer hohen Forderung, wie sie Frankreich stellen möchte, so ungünstig wie möglich ist. Nun soll die Feststellung auf jeden Fall erfolgen, eventuell unter Verlängerung der vertraglich festgesetzten Frist, die am 10. Mai abläuft. Deutsche Delegierte sollen, wie gemeldet, zu den Verhandlungen über die Höhe der Zahlungen zugezogen werden. So selbstverständlich das auch dem nächsten Verstande erscheint, so ist es doch ein großes Zugeständnis des französischen Bündnisses.

Ein beliebiger Vorschlag, die Höhe der Jahreszahlungen nach dem Verhältnis des Steigens der deutschen Post- und Eisenbahnzinsen anzuordnen zu lassen, scheint wirtschaftlich richtig. Inwieweit an Zahlungen in solcher Höhe, die natürlich durch den Balanceunterschied ja noch ungeheuer ansteigen würde, überhaupt möglich sein werden, müssen die für Brüssel vorgesehenen Verhandlungen ergeben. Ein Gewinn für Deutschland wird es jedenfalls sein, wenn die Willkür der Wiedergutmachungskommission, der bisher die Höhe der deutschen Zahlungen unterlegen sollte, durch ein geregeltes System für Aufbringung jährlicher Raten einer festen Summe abgelöst wird. Nur auf solcher Basis ist es eine geregelte Finanzwirtschaft überhaupt möglich. Die Festlegung der Gesamtsumme will sich der Oberste Rat allerdings allein vorbehalten. Dies Juristatellen in die Clemenceau'schen Diktatorgewohnheiten ist ein Zugeständnis an Millerand.

Die Entwaffnung Deutschlands ist ihm des weitesten zugestanden worden. Was man sich darunter denkt, ist nicht ganz klar. Der Friedensvertrag, dessen Erfüllung in San Remo ja erneut feierlich beschlossen zu sein scheint, entwaffnet uns hinreichend selbst für die weitestgehenden Ansprüche. Es kann sich also nur um das Tempo dieser Entwaffnung handeln. Wenn uns hier nun eine sofortige Ablieferung der in der Gewalt der Behörden befindlichen Waffen hätte zugemutet werden, so wäre das eine unerfüllbare Forderung. Noch sind in den Händen der Bevölkerung in Stadt und Land solche Massen von Waffen von der Pistole bis zum schweren Geschütz, daß eine auf den Waffenvorrat des „vertragsmäßigen“ Heeres beschränkte Regierung jeder Volkswirtschaft gegenüber wehrlos sein müßte. Nun hat man sich in San Remo anscheinend auch über den deutschen Antrag unterhalten, die Stärke des zulässigen deutschen Heeres von 100 000 Mann auf 200 000 zu erhöhen. Ueber diesen Punkt geben die Meldungen auseinander, aber eine gewisse Bereitschaft, Deutschlands Lebensnotwendigkeiten anzuerkennen, ist doch festzustellen. Eine Nachricht läßt Millerand jede Erhöhung über 100 000 Mann für das Heer

ablehnen, aber eine Steigerung der Vollzeitruppen zugeben. Das würde sich in der Richtung der französischen Forderungspolitik gegenüber dem Reich bewegen. Eine andere Meldung spricht von Zulassung eines Reichsheeres von 150 000 Mann.

Was bisher als Ergebnis der Konferenz dargelegt ist, stammt aus französischer Quelle. Klarer wird der Rückzug Millerands aus seiner durch den Vorstoß über Frankfurt eingenommenen Ausfallstellung durch eine englische Meldung: Amsterdam, 25. April. Die Reuter aus San Remo berichtet, daß Lloyd George bekannt, daß das Ergebnis seiner Besprechungen mit Millerand in einer gemeinsamen Erklärung niedergelegt werde, wonach Frankreich und England übereingekommen sind, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entwaffnung durchgeführt werden sollen und daß der Gedanke einer Besetzung des rechten Rheinuferes und des Ruhrgebietes durch Frankreich verworfen wird.

Also ist das inner- wie das außenpolitische Ziel Millerands unerreicht geblieben. Englands Abneigung dagegen, in Frankreichs Hände die Vormacht auf dem Kontinent gelangen zu lassen, hat den Sieg über die französische Aufblähungspolitik davongetragen.

Die von französischer Seite angekündigte Betonung der Festigkeit des Bündnisses zwischen den Alliierten legt ein überdeutliches Pflicht auf die Wunde, die der französischen Eitelkeit geschlagen ist. Wir wissen, zum mindesten aus der Geschichte unserer Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn während des Weltkrieges, daß solche Versicherungen immer erfolgen, wenn ein gefährlicher Miß mit Mühe überlistet. Wie die Frau, so ist auch das Bündnis das beste, von dem man am wenigsten spricht. Daß dennoch die überwiegenden gemeinsamen Interessen dem Bunde der Westmächte noch lange Dauer verhelfen, soll aber nicht vergessen sein.

Die Erklärung der Alliierten.

Eine neue Konferenz unter Teilnahme Deutschlands?

Paris, 27. April. In der im Anschluß an die Konferenz von San Remo veröffentlichten Erklärung wird betont, daß die deutsche Forderung nach Unterhaltung eines Heeres von 200 000 Mann nicht berücksichtigt werden könne, solange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht erfüllt. Deutschland wird vorgeworfen, weder Kriegsmaterial zerstört, noch die Kosten für das Besatzungsheer geleistet zu haben. Deutschland habe bisher keinerlei Vorschläge hinsichtlich des Gesamtbetrages für die Wiedergutmachung gemacht. Die Alliierten erklärten, die Schwierigkeiten der deutschen Regierung nicht zu verstehen, und ihr keine allzu engberthige Interpretation des Friedensvertrages aufzudrängen, betonten aber ihre Einigkeit, fortgesetzte Übertretungen des Versailler Vertrages, der durchgeführt werden müsse und der die Basis für das Verhältnis der Alliierten zu Deutschland bilde, nicht zu dulden. Die Alliierten seien entschlossen, alle Maßnahmen zur Sicherstellung der Ausführung des Vertrags zu ergreifen, und wenn notwendig, auch zur Besetzung eines weiteren Teiles deutschen Gebietes zu schreiten, versehen dabei aber ausdrücklich, daß sie dabei nicht die Absicht hätten, einen Teil deutschen Gebietes zu annektieren. In der Annahme, daß die zur sichern Ausführung des Friedensvertrages notwendigen Maßnahmen leichter durch einen mündlichen Meinungsaustausch erledigt werden könnte, hätten die alliierten Regierungen die Teilnahme des deutschen Regierungschefs an einer direkten Konferenz beschlossen, der alle präzisen Erklärungen und Vorschläge unterbreitet werden müßten. Nach beschiediger Regelung dieser Frage würden die alliierten Regierungen bereit sein, mit den deutschen Vertretern alle übrigen Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands bezögen.

Paris, 26. April. Nach einer Meldung des „Temps“ wird die deutsche Regierung eingeladen werden, den Reichskanzler oder irgend einen anderen Vertreter zu einer Konferenz mit den alliierten Ministerpräsidenten nach Spa zu entsenden. Die Zusammenkunft soll am 28. Mai stattfinden.

Der Streit um die Schuld am Weltkrieg.

Berlin, 25. April. Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung, der die Vorgeschichte des Krieges zu studieren hatte, veröffentlicht auf 120 Seiten eine Zusammenfassung der schriftlichen Auskünfte, die ihm auf seine Anfrage von den im Juli 1914 maßgebenden Männern zugegangen sind. Die Angaben von Bethmann Hollweg über die politische Haltung des Vorkriegs Reichskanzlers und über den angeblichen Potsdamer Kronrat geben im allgemeinen einen Auschnitt aus seinem Buch zum Weltkrieg. Besonderen Nachdruck legt von Bethmann Hollweg auf die Audienz des serbischen Ministerpräsidenten Pašić beim Jaren am 2. Februar 1914. Nach dieser Audienz wußte Pašić, daß Serbien nicht allein bleiben werde, wenn es in einen Konflikt käme. Die Schlussworte des Jaren waren ein feierliches Versprechen: Für Serbien werden wir alles tun. Glauben Sie den König und lassen Sie ihn, für Serbien werden wir alles tun! Das war, so betont von Bethmann Hollweg, die

Vorbereitung auf den Weltkrieg, dessen die russischen Nachbarn bedurften, um Herren der Dardanellen zu werden. Dem Pazifismus gegenüber erinnert der frühere Reichskanzler an den spanischen Krieg Amerikas, den Transoalpanischen Krieg Frankreichs, den Kolonialkrieg Italiens und bemerkt: Daß der Krieg gegen Serbien in Betracht gezogen wurde, mögen viele Anhänger des Pazifismus verurteilen, nicht aber darf es unter Verleugnung der eigenen Geschichte von benachteiligten Regierungen als Frevel gebrandmarkt werden, deren Staatsmänner in Versailles unterzeichnet haben.

Fürst Bichnowski bleibt dabei, daß Völkerricht Kriegspolitik betrieben habe, während andere Persönlichkeiten das Gegenteil ansagen. Die Auskünfte über die politischen Vorgänge am 5. und 6. Juli über den sogenannten Potsdamer Kronrat, bringen nichts Neues.

So berichtet der frühere Kriegsminister von Falkenhayn über seine Unterredung mit dem Kaiser. Seine Frage ob das Heer für alle Fälle bereit sei, habe ich bejaht. Meine Frage, ob noch irgend welche Vorbereitungen zu treffen seien, hat der Kaiser kurz abgelehnt.

Eingehendere Auslagen finden sich darüber, ob vor der Ueberreichung des Ultimatus finanzielle und wirtschaftliche Vorbereitungen stattgefunden haben. Im Frühjahr 1914 war erörtert worden, daß bei einem Dreifrontenkrieg in Nachahmung der Politik Friedrich des Großen Getreide und Futtermittel gelagert werden müssen. Ueber das Ergebnis sagt Geheimrat Meydenbauer aus: Es geschah aber nichts. Nichts ist mir bekannt geworden, daß man dem ungeheuren wichtigen Problem irgendwie ernstlich zu Leibe gegangen wäre.

Der Direktor Dr. Mühlton, bei Kriegsausbruch Direktor der Krupp, der Kronzeuge aller Gegner Deutschlands, sagt nur aus, er könne keine Aussagen machen, die für die Erreichung des Zweckes der Untersuchung verwendbar wäre.

Unter spartakistischer Herrschaft.

Aus Mülheim (Ruhr) wird uns am 18. April geschrieben:

In welcher Weise von den Spartakisten während der Zeit ihrer Herrschaft die Hütten und Gattenerwerke geschädigt worden sind, welchen Mißhandlungen, Verwüstungen und Verfalligkeiten die Betriebsbeamten ausgesetzt waren, wird erst allmählich bekannt. Namentlich im Duisburg-Hamborner Bezirk herrschten während der bolschewistischen Herrschaft Zustände, die in nichts russisch-bolschewistischen Zuständen bei der Thronbesteigung Lenin und Trotzki nachsehen. Der folgende Bericht, der der in Duisburg erscheinenden „Rhein- und Ruhrzeitung“ von der Verwaltung eines großen industriellen Unternehmens zugeht, verdient es wahrlich, bekannt zu werden:

Bei dem Rückzug der Regierungstruppen nach Wesel blieben in Hamborn allein in Straßenkämpfen über 100 Tote. An der Hauptverkehrsstraße, an der das Verwaltungsgebäude und zwei Schachtanlagen liegen, war kaum eine Fenster Scheibe ganz geblieben. Drei Schachtanlagen erlitten eine solche Artillerietreffer in Gebäulichkeiten. In der Woche vom 22.—27. März wurde Hamborn Hauptaufmarschgebiet der Roten Armee. Am 22. März wurde der Betriebsdirektor einer unserer Schachtanlagen meuchlings erschlagen. Seine Leiche wurde im Gehölz 1500 Meter hinter der Schachtanlage gefunden. Die Fernsprechanlage unserer Bergbau-Hauptverwaltung wurde zweimal in sinnloser Weise zerstört. Wärter und Telephonbedienstete in geblühlicher Weise mißhandelt. Die Wohnungen der leitenden Direktoren, wie auch das Hauptverwaltungsgebäude wurden mehr als ein Dutzendmal von Rotgardisten unter dem Vorwand, daß aus den Häusern geschossen worden sei, von oben bis unten durchgehend durchsucht.

Alle unsere Bemühungen um Schutz waren nutzlos, mehrlos waren wir und alle unsere Anlagen der durchziehenden wilden Horde preisgegeben. Unsere Bediensteten wurden von dem Besatzungsrate und dem im Rathaus Hamborn untergebrachten Armee-Oberkommandanten der Roten Armee als Besatzungsstation mit Beschlag belegt. Unser größtes Bediensteten allein mußte während der Zeit des Durchmarsches der Roten Armee über 17 000 Personen versorgen und teilweise beherbergen; ein anderes Bediensteten wurde gezwungen, an einem einzigen Tage mehr als 3000 Mann zu versorgen. Dazu wurden unsere Lebensmittellieferanten gewaltsam mit Beschlag belegt und zum Unterhalt der Roten Armee verwendet. Wäschestücke wurden in großem Umfange requiriert.

Am 26. und 27. März erschien eine Abordnung der Betriebsräte unserer Schachtanlagen und forderte die bedingungslose Erklärung der Verwaltung, die Streikkosten zu bezahlen. Beharre das Werk auf dem ablehnenden Standpunkt, so könne eine Garantie für die Werksanlagen und das Leben der Werksbeamten nicht mehr gewährleistet werden. Die Masse würde in Aktion treten und die schlimmste Sabotage stände bevor. Es wären Banden im Hamborner Kampfgebiet, die nur auf ein Ziel lauerten, um in Aktion zu treten. Die Betriebsräte vertrieben noch auf die Schachtanlage L.

Wie sich
en König
fter und
-Hamborn

reifes.
Ostpreu-
von Ba-
die beab-
Die De-
Sogialde-

aus San
Fählungs-
schädigung
empfohlen.
in Prinziv
erte nach
retern der
der Wie-
en.

aus
Hr. Magist.

hausen
berg

gold.

verbunden
erden (Mit-
mitglied)
Gasthaus
10.
Stgatt wird
in Vortrag

ittet
Vorhand.

re-
be
en

d

ige Wagen

u.

nd

gesucht und
mit Preis-
1904
Geschäfts-

rpläne

er, Nagold.

wo bereits an jeder Fördermaschine fünf Risten Dynamit flüchtig bereitgelegt worden seien, und weiterhin auf die grausame Ermordung des Betriebsdirektors. Es bleibe für die Gewerkschaft nur die Wahl zwischen Verhinderung ihrer Werke und Bezahlung der Streikschichten.

Die Verhinderung wies darauf hin, daß eine Erpressung schlimmster Art vorliege. Die Verhinderung sei finanziell nicht in der Lage, die Streikschädigung zu zahlen, umso weniger, als sie in dem verflochtenen Jahre an nicht weniger als 90 Tagen von Streiks heimgeschlagen worden sei. Durch die Verhinderung der Werke lügen die Belegschaften sich selbst den größten Schaden zu. Alle die Hinweise waren oergeblich. Die Betriebsräte und der Vollzugsrat bestanden auf ihrer Forderung und ihrer Drohung, daß die Massen in Aktion treten und die Werke der Verhinderung im Falle der Verweigerung der Streikschädigung anheftig fallen würden. Der Gewalt weidend, entschied sich der Stubenvorstand für Bezahlung der Streikschichten unter Verweisung wegen der Schlichthaltung auf den Rechtsweg.

Um die Lebensmittelmittelstände, die auf einzelnen Schachtanlagen lagerten, nicht der Beschlagnahme und der Plünderung durch die rote Armee preiszugeben, veranlaßte wir in der Karwoche den Verkauf. Auf der Schachtanlage L, wo zu der Zeit der Armeekorpskommandierende der roten Truppen im Direktionszimmer seinen Sitz eingenommen hatte, wurden die oereinnahmten Weider beschlagnahmt unter Mitwirkung eines neuen revolutionären Betriebsrates, der auch Anschläge erlassen hatte, wonach für den Fall einer Niederlage der roten Armee die Schachtanlagen zu zerstören seien. Weiterhin forderte der Armeekorpskommandierende von der Verhinderung die Bezahlung der der roten Armee angehörenden Belegschaftsmitglieder mit ihrem alten Soldatensoldat und drohte mit sofortiger Verhaftung im Falle der Ablehnung. Als die Ablehnung dennoch erfolgte, sandte er sofort seine Schergen zur Ausführung des Haftbefehls, die allerdings die maßgebenden Personen nicht finden konnten.

Soweit der Bericht, der ein wahres Bild davon gibt, wie es hier aussah, als der Volksminister Müller auf Grund der Berichte der „Frankf. Zeitg.“ Vertreter des Industriegebietes erklärte, ganz so schlimm werde es wohl dort nicht sein, da ja die „Frankf. Zeitg.“ ein „friedliches“ Bild über die Lage gezeichnet habe!

Es ist wirklich lächerlich, die „Frankfurter Zeitung“, das Blatt, das mit der Demagogie von Rapprebellien voll und ganz beschäftigt ist und den Kampf gegen den Volkswirtschaftswissenschaftler auf diese Weise führt, ist für den Volksminister Müller maßgebend für die Beurteilung rheinisch-westfälischer Verhältnisse!

Drohung der Eisenbahner?

Berlin, 26. April. Die Eisenbahnenbeamten haben an die Regierung die Forderung auf eine sofortige Auszahlung von 1500 Mark pro Mann gerichtet, und dabei erklärt, daß im Falle der Ablehnung die Konsequenzen unabsehbar seien. Die Stellungnahme der Regierung steht noch aus.

Endlich der Reichswirtschaftsrat.

W.W. Der letzte Ausschuss der deutschen Nationalversammlung hatte einen Unterausschuss eingesetzt, dem die Prüfung der Regierungsverordnung betreffs Berufung eines provisorischen Reichswirtschaftsrats übertragen war. Vor einigen Wochen wurde die Öffentlichkeit darüber belehrt, daß die verschiedenen Interessentengruppen um ihre zahlenmäßige Beteiligung im Reichswirtschaftsrat erbitet kämpften. Es handelte sich hierbei um die Verteilung der 68 Plätze, die der Industrie zugedacht sind. Die sachlichen und die örtlichen Organisationen kämpften um den Vorrang bezw. um die Gleichberechtigung. Die Vertreter der sachlichen Organisationen waren die Arbeitsgemeinschaften, die Vertreter der örtlichen Organisationen die im deutschen Industrie- und Handelsrat vereinigten Handelskammern. Der Kampf hinter den Kulissen hat mit einem Kompromiß geendigt. Die Arbeitsgemeinschaften stellen nach dem vom Nationalversammlungsausschuss ungarbeiteten Entwurf fast $\frac{1}{2}$ der Industrievertreter. Die vorliegenden Beschlüsse der Unterausschusses bedürfen noch der Annahme durch den Ausschuss und der Bestätigung durch den Reichstag. Vor Ablauf des April sollen die Arbeiten der Nationalversammlung beendet sein. Es wird mit Hochdruck gearbeitet. Die endgültige Annahme des Ausschuss-Entwurfes ist dabei mit ziemlicher Gewißheit zu erwarten.

Aber selbst dann wird der Kampf zwischen den Organen der sachlichen und denen der örtlichen Wiederholung der Industrie noch keineswegs beendet sein. Auch in den Gewerkschaften hat sich i. Zt. der gleiche Kampf der „Lokalen“ gegenüber den „Zentralen“ abgepielt. Gewiß ist es notwendig, daß diese und Bezirke zusammengefaßt werden und in den zentralen Vertretungen ausreichend zu Wort und zu Gehör kommen. Die gemeinsamen Leiden und die gemeinsamen Aufgaben der deutschen Wirtschaft und ihrer verschiedenen Zweige sind so abtragend, daß der sachlichen, zentralen Wiederholung der Vorträge gebührt, der ihr in dem vorliegenden Entwurf zum provisorischen Reichswirtschaftsrat eingeräumt wird.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 26. April.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20. Der Staatsrat von Thüringen hat telegraphisch für die einstimmige Annahme des Gesetzes betr. den Staat Thüringen gedankt.

Der Gesetzentwurf betr. Gewährung einer Entschädigung an vertriebene Beamte für Umzugskosten wird in 3. Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Notetats in Verbindung mit dem monatlichen Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt betr. die Sparprämienanleihe, Antrag heute betr. Zahlung von Lohn für die Tage des Generalstreiks, Antrag Agnes wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, Antrag Bauer wegen Einlegung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag und Antrag Agnes wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes und eines allgemeinen Anwesenheitsgesetzes.

Reichsfinanzminister Wirth: Dank gebührt meinem Vorgänger für die Ausrichtung eines geschlossenen Steuer-systems und eines Steuerrechtes. Nur die Besitzsteuer müßte noch zurückgestellt werden. Der Besitz ist heillos schwer be-

lastet. Aber angesichts der Vernichtung der Hälfte des Vermögens durch den Krieg und angesichts des Umstandes, daß der Besitzende sein erworbenes Vermögen zum größten Teil doch der Allgemeinheit verdankt, muß die Opferpflicht der Besitzenden ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit geschont werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich noch bäuerfeindlich. Jeder kann der Staat erst in Ausnahmefällen vorverleitet werden: eine Folge der Kriegswirtschaft. Wir müssen so viel produzieren als wir brauchen und müssen den Luxus einschränken u. nach außen lenken, damit wir Lebensmittel und Rohstoffe herein bekommen. Wir können jetzt 20 Milliarden Einnahmen mehr in den ordentlichen Etat einstellen als voriges Jahr. Trotzdem müssen wir noch die Schuldenlast vermehren. Eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Heeres, die aber zu Ende geführt werden muß. In bezug auf es, daß die leitenden Staatsmänner der Emigration die uns auferlegenden Lasten endlich näher feststellen wollen. Post und Eisenbahn drohen mit weiteren Fehlberägen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlberägen bald aufdämmen, so wird der Gedanke der Verstaatlichung gefährdet werden. Die Finanzreform erstreckt die Rück-schraubung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuer-gesetze müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Auslande muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Markt muß weiter gehoben werden. Wir müssen die Inlandsproduktion, besonders der Lebensmittel, heben und die Rationierung baldmöglichst abschaffen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium müssen eng zusammenarbeiten.

Reichsminister für Ernährung Hermes: Das neue Ministerium hat die Aufgabe, neben der Bewirtschaftung der vorhandenen Lebensmittel auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande einzugehen. Die Beschaffung der Lebensmittel aus dem Auslande bleibt ein Notbehelf, darauf wird leider noch angewiesen sein. Wir werden über die nächsten schweren Monate hinwegkommen, nur muß Getreide eingeführt werden, zumal im Juli die Kartoffelver-lieferung schwierig werden wird. Ebenso wird Fleisch eingeführt werden müssen.

Reil (Soz.): Die Rede des Ernährungsministers zeigt Weitblick und starke Entschlossenheit. Die Programmrede des Reichsfinanzministers hat den Beifall meiner Freunde. Seine Darstellung unserer Finanzlage war nicht rosig, aber wahrhaft. Die Finanzreform ist kein Meisterwerk; aber ihre Mängel beruhen in unserem wirtschaftlichen Chaos und sind unvermeidbar.

Dr. Derenburg (Dem.): Die beiden Ministerreden klangen erst von dem neuen Reichstag in ihrer Tragweite gewürdigt werden. Den Geist der Rede des Finanzministers billigen wir. Wir hoffen, daß unserer Volk bei schneller Organisation ein neuer Aufstieg möglich sein wird. Im Kampf gegen alle Ausbeutung gehen wir mit der Regierung. Vor der angefügten großen Anleihe warne ich. Das Geld, das noch im Lande vorhanden ist, ist meist in sicheren Papieren angelegt und die Anleihe würde kaum Erfolg haben. Viele tausend überflüssige Leute bei Post und Eisenbahn müssen anderweitig untergebracht werden. Was die Lage der Gegenwart erfordert, müssen wir bewilligen. Wir bedürfen einer positiven Auslandspolitik. Der Abbau des alten Heeres muß schneller betrieben werden. (Schluß folgt.)

Württembergische Politik.

Vom Volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Stuttgart, 24. April. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss legte am Sonntag seine Beratungen über die Ernährungsfragen fort. Dem Antrag des Bauernbundes, daß alle Belastungen auf Ausfälliger sowie die hohen Frachten aufgehoben oder ermäßigt werden, und daß der Landwirtschaft die notwendigen Düngemittel zugeführt werden, hielt der Ernährungsminister gegenüber, daß die Zuschläge im Interesse eines Preisausgleichs in Beziehung auf die Frachten erhoben werden, um die wilde Preisbildung zu verhindern und namentlich der süddeutschen Landwirtschaft eine Vorbild-zu ermöglichen. Eine Frachtenermäßigung sei bei dem Stand unserer Reichsfinanzen kaum in Aussicht zu nehmen. Von Seiten der Regierung werde alles getan, um die Landwirtschaft mit Düngemitteln zu versorgen. Zu einem Antrag Fette u. Gen. (Soz.), der bekanntgegebenen Erhöhung der Margarinpreise entgegenzutreten, gab der Ernährungsminister die Erklärung ab, daß sofort nach Bekanntgabe der Erhöhung von Seiten der württ. Regierung telegraphischer Protest erhoben worden sei. Die Frage der Aufhebung der Weinböckpreise wurde wieder erörtert. Die Meinungen waren hierüber geteilt. Eines Teils wurde die Aufhebung befürwortet, weil nach der Aufhebung der Weinböckpreise in Baden die Angelegenheit sich wesentlich verändert habe, andererseits wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine Erziehung der Preise nach Aufhebung eintreten werde, die denen zugute käme, die ihre Weine zurückgehalten hätten. Die An-träge der Frau Abg. Müller und Gen. (D.D.P.), die auf eine bessere Versorgung mit Mund- und Gemüchsgütern abzielt, fand eingehende Beratung. Statt der schlechten Marmelade wurde von allen Seiten die Zuweisung von Zucker gefordert. Der Ernährungsminister sagte weitgehende Fürsorge zu. Der Ausschuss nimmt am Dienstag nachmittag seine Beratungen wieder auf.

Von der Württ. Sozialisierungskommission.

Stuttgart, 24. April. Der zuständige Unterausschuss der württ. Sozialisierungskommission hat kürzlich zu den An-trägen der Vereinigung der Fideikommissgemeinden Stellung genommen. Er beschloß Grundlinien, auf denen der Gesetzentwurf über die Verwendung von Grundbesitz, insbesondere von Fideikommissbesitz für gemeinschaftliche Bedürfnisse im Rahmen des § 60 Abs. 1 der Verfassung aufgestellt werden kann.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, den 27. April 1920.

Uebertragen wurde je eine händige Lehrstelle in Altmirra O.H. Magold dem Unterlehrer Gustav Maier in Trostingen O.H. Tuttlingen; in Ebingen O.H. Balingen dem Unterlehrer Theodor Walter in Oberschwandorf O.H. Magold.

* So. Landeskirchensammlung. Zur Vorbereitung der am Sonntag vollzogenen Erziehung eines geistlichen Abgeordneten für Magold und Herrenberg nahm der als Wahlbewerber aufgestellte Herr Dekan Groß aus Schwab. Hall (früher in Böfingen) wie an anderen Orten, so auch in der Bezirkshauptstadt Pfullingen mit der Wählerliste. Einer zahl-reich besuchten Versammlung in der Turnhalle bot er seine Ausführungen über „Die Aufgaben der L.-K.-K.“. Am ganzen Vortrag war zu loben, daß der Redner nicht um die ersten Anliegen herumging, sondern klar alles beim Namen nannte. Wenn er so z. B. auf die Tatsache der ver-schiedenen theologischen Richtungen unverhüllt einging, so verstand er es doch, einen Weg achtungsvollen Zusammenarbeitens zu zeigen. Eindeutig schiederte er die Gefahren einer drohenden Kirchenspaltung für unser gan-zes Volkleben und sprach auf Grund seiner Beobachtungen die ehrliche Überzeugung aus, daß eine Einigung auch in den schwebenden Verhältnissen möglich und zu erhoffen sei. Man hörte aus seinen Worten eine wirkliche Müde u. Weisheit, die bei aller Entschiedenheit heraus, die wohlwollend wirkte. — Klar zeigte der Redner den Ernst und die Größe der Aufgabe, eine an Haupt- und Gliedern neue Ver-saffung unserer Landeskirche zu schaffen, zu der man durch die Staatsumwälzungen genötigt ist. Aber stärker noch brachte er zum Ausdruck, daß wichtiger als alle Verfassung die Frage sei, welche Männer und wie sie dieselbe anwenden. Den rechten Kirchenpräsidenten oder Bischof zu finden, der mit 2 Bischöfen im Auftrag des Landeskirchentages die Leitung des Ganzen ausüben soll, das ist ein Hauptanliegen, ebenso die Aufgabe, einen tüchtigen, wohlgebildeten, recht geprüften Pfarrstand zu schaffen. Wie schwer es für einen jungen Theologen ist, oft unvermittelt in ein Pfarr- und Seelsorgeamt treten zu sollen, welche Anforderungen überhaupt dies Amt an seine Träger stelle, das wurde ein-drücklich geschildert und daraus die nötigen Richtlinien für die Vorkursausbildung gezogen. — Außerdem wird die Frage der Stellenbesetzung der L.K.K. beschäftigt. Eine größere Mitwirkung der Gemeinden unter Beratung und Leitung des Landeskirchensrats (Konkordats) ist erwünscht und vorgezogen; doch wäre es verfehlt, immer und ganz nur die augenblicklichen Stimmungen und Wünsche in den Ge-meinden zur Grundlage zu machen, wie es bei einer eigentlichen „Vorkurswahl“ würde. Daraus könnte viel Unheilhaftes folgen. — Fremde Fragen wie die des Religionsunterrichts wurden noch gestreift und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß bei diesem Punkte noch manches Mißverständnis zwischen Vorkurs- und Lehrerschaft verschwinden und das sachlich Notwendige auch von der letzteren angenommen werden könne. Alles in allem gerann der Vortrag, der mit einem Gebetswort an den verstorbenen Herrn Bischofen D. von Admer begann und mit dem Wunsch nach reger Fürbitte für die L.K.K. geschlossen hatte, herliches Vertrauen. Diesem gab der Leiter der Versammlung, Herr Konsistorialrat v. Altm., der L.K.K.-Ausdruck. In der folgenden Besprechung dankte Herr Stadtpfarrer Dr. Schärer dem Redner, daß er nicht nur die Sprache des Glaubens, sondern auch die der Liebe gesprochen, und erlaubte ihm, bei der Frage der Pfarrbesetzungen eine Regelung dahin zu erwirken, daß die Geistlichen nicht von der Kunst der Menschen abhängig werden; das wäre verderblich für ihre ganze Arbeit. Dann richtete er im Namen des Wahlkreises noch an die Versammlung die Bitte, dem Danke für das Gehörte durch rege Wahlberei-tung stattzugeben. Herr Schärer Sch. o. 11. führte aus, wie die verschiedenen theologischen Richtungen aufeinander ange-wiesen und für einander fruchtbar seien. Herr Kirchenge-meinderat W. Maier besprach die Frage der wissenschaftlichen Vorbildung der Theologen und Herr Dekan Groß gab hierüber im Schlußwort noch die nötige Auskunft. — Ein Bild in die Einzelheiten der kirchlichen Aufgaben, in ihren Ernst, aber auch die Möglichkeiten ihrer Lösung, ferner die Ueberzeugung, in Herrn Dekan Groß einen mannhafte und weisen Vertreter des Bezirkes gefunden zu haben — das war gewiß der Erfolg des Abends, den jeder mit heim nahm.

* Zeitgemäß. Auf der Reise hierher wurde einem Schau-spieler der Württembergischen Volksbühne abel mitgeführt. Seine ganze Ausstattung im Wert von Tausenden wurde gekloppt.

* Postpaketverkehr nach Belgien und Frankreich. Von jetzt an können wieder Postpakete nach Belgien und Frankreich versandt werden. Die Gewichtsgrenze beträgt je 12 K., bei Leistung über die Schweiz 18 K. Pakete mit Wertangabe und Nachnahme bleiben vorläufig ausgeschlossen.

* Hochschulstudium der Volksschullehrer. In einer Bekanntmachung der Ministerialabteilung für die höheren Schulen werden die Bestimmungen veröffentlicht für die Volksschullehrer, die eine Ergänzungsprüfung ablegen wollen zum Erwerb eines Reifezeugnisses. Die Prüfungen sind im Rahmen der regelmäßigen Reifeprüfungen der einzelnen Volksschulstufen abzulegen.

* Ablieferungsprämie für Kartoffeln. Zu unserer Notiz im Freitagsblatt teilen wir mit, daß der Erzeugerhöchstpreis für Kartoffeln ab 1. April 1920 beträgt. Diese Summe setzt sich zusammen aus: Grundpreis 9.75 M., Auf-wandungsgebühr 1.25 M., Vorkursprämie 2.50 M. und Anfahrtsgebühr 0.40 M. = 13.90 M. Vom 16. April an beträgt dieser Erzeugerhöchstpreis durchschnittlich 15.15 M., vom 1. Mai an 15.40 M. Eine Vorkursprämie von 5 M. per Zentr. kommt nicht in Frage.

* Aus der Lederindustrie. Für die württ. Lederin-dustrie wurden dieser Tage neue Tarife für die Zeit vom 1. Mai bis 1. November d. J. festgelegt. Die Mindest-löhne betragen für Arbeiter über 20 Jahren in der Stunde 4.10—4.50 M., für Hilfsarbeiter 3.90—4.30 M. und für Arbeiterinnen 2.20—2.60 M. Für Stuttgart kommt noch ein Zuschlag von 20 % für die Stunde hinzu. (Und die Kopiarbeiter?)

* Lohnstarif der landwirtschaftlichen Arbeiter. Am 22. April fand eine Verhandlung über die neuen Forderungen der Landarbeiter zu dem landwirtschaftlichen Lohnstarif statt, an der von Seiten der Arbeitgeberverbände der Land-wirtschaftlichen Hauptverband und der Schwäbische Bauern-verein, von Seiten der Arbeitnehmerverbände der Deutsche Land- und Waldarbeiterverband und der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter teilnahmen. Die For-derng der Arbeiter bewegte sich zwischen 80 und 100% Zuschlag auf den bisherigen Lohnstarif, der erst auf den 1. März d. J. neu festgesetzt war. Nach langen Verhand-



Amtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.
In Württemberg ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
In den 10 Km.-Umkreis fallen die Gemeinden: Effringen, Emmingen, Göttingen, Sulz und Wildberg.
Ebenso ist in Kuppingen W. Herrenberg die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
In den 10 Km.-Umkreis fallen außer obigen Gemeinden noch Pfondorf. Bezüglich Laßlingen, wo ebenfalls Maul- und Klauenseuche herrscht, gilt mit Hinzutritt von Schöndorff derselbe 10 Km.-Umkreis.
Nagold, den 26. April 1920. Oberamt: Rüg.

Der Pferdemarkt in Nagold
am 29. ds. Mts. findet aus gesundheitlichen Gründen nicht statt, da Nagold im 15 Km.-Umkreis der Gemeinde Württemberg, wo Maul- und Klauenseuche herrscht, liegt.
Nagold, den 26. April 1920. Oberamt: Rüg.

Stadtpflege Nagold. 1936
Zahlungs-Aufforderung.
Wer seine Steuerschuldigkeit für 1. April 1919/20 noch nicht entrichtet hat, wird an deren als baldige Bereinigung ermahnt.
Nagold, den 26. April 1920. Oberamt: Rüg.

Verloren
ging auf dem Wege von Unterjettingen nach Nagold eine wollene Pferdedecke mit Riemen und Name (Seeger zur Traube). Abzugeben gegen Belohnung im „Sam m.“ Unterjettingen.
Nagold.

Rochsalz
Biehsalz
Glauberfals
Eisenvitriol
empfehlen billigst 1933
Berg & Schmid.

Gefichts-Seife
wie Seife
Handel-Vorlag-Teerseife-Eisenmilch-
deutsche und ausländ.
ferner: deutsche u. Rußlands-
Wash-Seife und Seifenpulver
empfehlen sehr preiswert
Löwen-Drogerie
Gebr. Benz, Nagold
1912 Bahnhofstr.

Ein fleißiges, ordentliches
Mädchen,
nicht unter 16 Jahren zu Kindern gesucht per sofort.
Frau Kaufmann Heller,
Nagold. 1916

Aufständigen
Mädchen sucht Stelle
als Stütze im Haushalt oder als Zimmermädchen in einem Gasthof, wo sie abends u. Sonntags servieren kann. Off. an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.
Nagold. 1914

Habe im Auftrag 1 Paar neue Herren-
Sonntagsstiefel,
Preis 250 M.
sowie 1 Paar neue Herren-
Werktagsstiefel,
Preis 220 M.
je Nr. 41 zu verkaufen.
Rudolf Walz
b. J. Viller, Schreinerrei.

Nagold.
Mehrere neue Karst- u. Stall-Halfier à 40 Mk., mehrere geb. Militär-Kumte à 25 Mk., neue Militär Unter-Kumte à 20 Mk., geb. Zugstränge (Tan) à Paar 10 Mk., verschiedene Geschirrtelle, ein neues kompl. Spitz-Geschirr 64/27, 2 kl. geb. Spitzkumte 53 und 55
hat zu verkaufen 1923
E. Grüninger,
Sattlermeister.

Nagold.
Einige neue
Säffer,
2-300 l haltend, sowie eine Partie tannene
Rübelwaren
verkauft
Johs. Penne, Küferm.
Für Dreher
40 Stück Erlen
mit ca. 2 Ftm.
zu verkaufen.
Schriftliche Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter Nr. 4915.
Verkaufe einen einjährigen
Hahn.
Wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.
1922

Verkaufe
3 Lege-Hühner
1919er Brut 1922
Böhnet, Waldschüh, Fleischhausen.

Johann Georg Reuz
hat noch einige Zentner
Kartoffel
zu verkaufen
um den Tagespreis. 1909
Emmingerstraße Nr. 242.
Nagold.

Nagold.
Aus gesundheitlichen Gründen findet der auf
Donnerstag den 29. April d. Js.
fallende
Pferdemarkt
nicht statt.
Den 26. April 1920.
Stadtschulth.-Amt:
J. B. Steeb.

Bez.-Wirtsverein Nagold.
Beranlagt durch die überaus schwierige und kostspielige Lebensmittelbeschaffung sehen sich die hiesigen Wirte gezwungen, den Preis für das tägliche Mittagessen vom 1. Mai ab auf Mk. 4.— festzusetzen.
J. A.: Der Vorstand.
Zugleich sei darauf hingewiesen, daß unsere Vereinsnachrichten jeweils in der Wirts-Zeitung bekannt gegeben werden.
1926

Nagold.
Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.
Einer verehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung teile ich ergebenst mit, daß ich die von mir durch Kauf erworbene
Schmiedwerkstätte
in der Freudenstädterstraße übernommen habe und am Donnerstag, 29. April eröffnen werde.
Es wird mein Bestreben sein, eine mich beehrende Kundschaft auf das Sorgfältigste und Gewissenhafteste zu reellen Preisen zu bedienen.
1934
Hochachtungsvoll
Christian Krauss
Huf- und Wagenschmied.

Alle Bücher
Musikalien, Lehrmittel usw.
liefert
G. W. Zaiser
Buch-, Kunst- u. Musikalienhandlung
NAGOLD.

Zu verkaufen:
Zimmereinrichtung
bestehend in grünem Plüschsofa, 3 Fauteuils, schwarz poliertem achteckigem Tisch, Neuen runden Tisch u. großen, geschliffenem Weisenspiegel.
Fester Preis M. 6800.—
Schlafzimmer
bestehend in 2 eisernen Bettstellen mit Matrasen, Gaispel und Kissen, Plumeau, 2 Wolldecken mit je 1 Deckbezug, Waschtisch, 2 Nachtschrank, 2 Stühle u. 1 Tisch.
Fester Preis M. 7200.—
2 hartholz. Bettladen
mit Koff, Matrasen, Gaispel, Kissen und Deckbett. Fester Preis M. 4000.— Sämtliche Gegenstände sind sehr gut erhalten.
Näheres bei der Geschäftsstelle des Blattes. 1913

Bestellungen auf 1919
Eisenjourniere
in Speckware, ferner
Eisenjourniere für innen
nimmt entgegen
Eugen Nuding, Nagold.

Zu verkaufen:
1 Kochofen außen heizbar,
1 ge- brauchte Nähmaschine auch für Schneider passend.
Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Bl. 1921
Nagold.
1 junge, rehschbige, neu-meilige
Ziege
hat zu verkaufen 1937
Gottlieb Schulte.
Lafchen-Fahrpläne
bei **G. W. Zaiser, Nagold.**

Dr. Stähle
wohnt jetzt Haiterbacherstr. 453.
Sprechstunden 1928
Werktags 11—12 Uhr vormittags.

Beamtenvereinigung Nagold.
Zur Beprechung wichtiger Organisationsfragen (Schaffung einer Bezirksorganisation u. a.) werden Vertreter aller Beamtengruppen des Bezirkes auf Sonntag, 2. Mai 1/21 Uhr vormittags ins Gasthaus zur „Rose“ in Nagold freundlichst eingeladen. Zahlreiche Beteiligung wäre sehr erwünscht.
Der Ausschuß der Beamtenvereinigung Nagold.

Hermann Sitzler
Pauline Sitzler
geb. Seeger
Vermählte
Rohrdorf b. Nagold April 1920

Unterjettingen.
Hochzeits-Einladung.
Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestatten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Samstag, den 1. Mai 1920
im Gasthaus zum „Hirsch“ hier stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.
Julius Wagner ! **Maria Reuz**
Sohn des ! Tochter des
Gemeinderats Wagner. ! † Karl Reuz.
1919 Kirchgang 12 Uhr.
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Anzeig-entgegenzunehmen.

Sulz.
Hochzeits-Einladung.
Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf
Dienstag den 4. Mai 1920
in das Gasthaus „Linde“ in Sulz freundlichst einzuladen.
1918
Johannes Köhm ! **Katharina Proß**
Wegler ! Tochter des
Sohn des Friedrich Köhm ! Friedrich Proß
Bauer. ! Wegler.
Kirchgang 11 Uhr.
Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Walddorf.
Verkaufe etwas
Kartoffel,
sowie 1910
Obst-Most,
eine 3 Meter lange
Transmissionswelle
mit 3 Lagern.
Gottlieb Walz :: Bauer.
Metallarbeiten:
Stahlbeschmitten, Rinderbetten, Vorher an jederm. Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür. 1935

Gottlieb Hirsch
Wagnermeister hier
vermietet eine Scheuer
im Gängen oder auch in einzelnen Zellen. Viehhäber wollen sich an ihn selbst wenden.
1935